

Antwort
der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 3662
der Abgeordneten Heiner Klemp und Benjamin Raschke
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsdrucksache 7/10083

Pläne der Staatskanzlei zu CCS

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen der Fragesteller:

Der Zement-Hersteller Cemex will seine Produktion umstellen, um möglichst viel CO₂ einzusparen. Bis 2030 will das Unternehmen nach eigenen Angaben CO₂-neutral Zement herstellen. Für Cemex in Rüdersdorf (Märkisch-Oderland) soll eine Task Force eingerichtet werden, verkündete Ministerpräsident Dietmar Woidke (vgl. rbb vom 01.08.2024, 15.05 Uhr, <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2024/08/zementwerk-ruedersdorf-cemex-co2-speicherung-task-force.html>). Dabei soll auch CCS eingesetzt werden. Ein möglicher Speicherort für das Klimagas CO₂ soll, nach den Ankündigungen des Ministerpräsidenten, Polen sein. Noch im Jahr 2023 meinte der Ministerpräsident, Abfälle zu exportieren könne nicht der Weg für Brandenburg sein (vgl. rbb vom 12.03.2023, 08.12 Uhr, <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/03/ccs-technologie-brandenburg-co2-unterirdische-speicherung.html>). Im Gegensatz zu den Ankündigungen von Ministerpräsident Dietmar Woidke ist im Klimaplan des Landes Brandenburg vorgesehen, den Umgang mit unvermeidbaren CO₂-Emissionen ergebnisoffen zu diskutieren. Auch sollten erst einmal die Bedarfe von CCS und CCU ermittelt werden.

Wir fragen die Landesregierung:

Vorbemerkung der Landesregierung:

Der Cemex-Standort ist ein für das Land prägender Industriestandort. Die Dekarbonisierung der Zementindustrie ist eine besondere Herausforderung, weil sich CO₂-Emissionen technisch dabei nicht vermeiden lassen. Dennoch hat sich Cemex um bis 2030 klimaneutral zu werden ehrgeizige Projekte vorgenommen, die in Brandenburg in dieser Größenordnung einmalig sind. Die Landesregierung wird den Transformationsprozess des Unternehmens eng begleiten. Dem soll u.a. mit der Task Force Rechnung getragen werden.

Die Task Force dient der optimierten Abstimmung aller beteiligten Akteure (vgl. zur Task Force Tesla, PCK Schwedt, BW Standort Holzdorf, HIL Doberlug-Kirchhain, Bahnstandort Cottbus, Rolls-Royce, etc). Sie dient nicht dazu, politische Grundsatzentscheidungen zu treffen. Auch soll eine Task Force nicht parlamentarischen oder gesetzgeberischen Prozessen vorgreifen.

Am 29.05.2024 wurde durch das Brandenburger Wirtschaftsministerium eine Studie in Auftrag gegeben, die untersuchen soll, ob CO₂-Technologien wie CCS und CCU die Klimaziele Brandenburgs unterstützen können. Die Ergebnisse dieser Untersuchung, die für November 2024 erwartet werden, könnten dazu beitragen, die strategische Planung einer CO₂-Infrastruktur, die Abscheidung, Transport, Speicherung und Nutzung umfasst, vorzubereiten sowie eine eigene Carbon-Management Strategie im Land zu entwickeln. Die Beauftragung einer Studie wurde in der von der Landesregierung einvernehmlich beschlossenen Industriestrategie vereinbart.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass auch die Bundesregierung bzw. das BMWK im Frühjahr 2024 Eckpunkte für eine Carbon Management Strategie erarbeitet hat. Dabei geht es auch darum, mit dem Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes den notwendigen rechtlichen Rahmen zur Errichtung der leitungsgebundenen CO₂ - Transportinfrastruktur in Deutschland zu schaffen.

Der Gesetzgebungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Das Ergebnis gilt es abzuwarten und anschließend für Brandenburg die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Task Force

Frage 1:

Mit welchen Akteuren bzw., Mitgliedern der Landesregierung hat der Ministerpräsident seinen Vorschlag zur Einrichtung einer Taskforce im Vorfeld beraten? Bitte auflisten.

Zu Frage 1:

Der Vorschlag zur Einrichtung einer Task Force zur Begleitung der Projekte der CEMEX Deutschland AG bei der Dekarbonisierung der Zementherstellung ergab sich im Rahmen eines Gesprächs mit dem Unternehmen am 1. August 2024.

Frage 2:

Werden Umweltverbände Mitglieder der Taskforce sein? Wenn nein, warum nicht?

Zu Frage 2:

In der Task Force soll das Verwaltungshandeln der verschiedenen Behörden der Landesregierung und der kommunalen Ebene mit dem Unternehmen koordiniert und abgestimmt werden. Anlassbezogen können bei Bedarf jederzeit weitere Teilnehmer in die Task Force dazu geladen werden.

Speicherort Polen

Frage 3:

Wo befinden sich nach Kenntnis der Landesregierung Speicherorte für CO₂ in Polen? Bitte auflisten?

Frage 4:

Wird in Polen nach Kenntnis der Landesregierung bereits CO₂ eingelagert? Wenn ja, wo konkret?

Frage 5:

Gibt es nach Kenntnis der Landesregierung in Polen bereits in Planung befindliche Projekte zur Einlagerung von CO₂? Wenn ja, wo konkret?

Frage 6:

Gab es schon Gespräche mit Polen zur Einlagerung von CO₂ aus Brandenburg im Gebiet des Nachbarlandes? Wie sind die Ergebnisse?

Zu den Fragen 3 bis 6:

Der Landesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

Pipeline

Frage 7:

Gibt es bereits Pläne für den Bau einer CO₂-Pipeline im Land Brandenburg?

Zu Frage 7:

Nein.

Frage 8:

Gibt es bereits Pläne für den Bau einer CO₂-Pipeline nach Polen?

Zu Frage 8:

Nein.

Frage 9:

Wer soll den Bau einer CO₂-Pipeline nach Polen bezahlen bzw. wie soll die Pipeline finanziert werden?

Zu Frage 9:

Aufgrund fehlender Planungen für eine CO₂ - Pipeline nach Polen erübrigt sich eine Aussage zur Finanzierung eines solchen Vorhabens.

Frage 10:

Wie bewertet die Landesregierung die Pläne des Netzbetreibers OGE für den Bau von CO₂-Pipelines durch Brandenburg?

Frage 11:

Gab es bereits Gespräche bzw. Übereinkünfte mit dem Netzbetreiber OGE für den Bau von CO₂-Pipelines durch Brandenburg?

Zu den Fragen 10 und 11:

Der Netzbetreiber Open Grid Europe GmbH (OGE) hat Pläne für den Bau eines CO₂ Kernnetzes in Deutschland auf seiner Website eingestellt. <https://oge.net/de/co2/co2-netz>

Dort wird ein potenzielles CO₂ – Netz für Deutschland dargestellt. In diesem rund 3.500 km (im Endzustand) langen CO₂-Netz werden auch Standorte in Brandenburg angeschlossen.

Für eine Bewertung dieser Pläne durch die Landesregierung ist es noch zu früh.

Das Brandenburger Wirtschaftsministerium hat am 29. Mai 2024 die Prognos AG mit der Anfertigung einer Studie beauftragt, die untersuchen soll, welche Rolle CCUS im Land Brandenburg auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 einnehmen kann. Im Zusammenhang mit der Erarbeitung dieser Studie hat Prognos auch mit Vertretern von OGE bereits erste Gespräche geführt.

Erst wenn die abschließenden Ergebnisse der Studie vorliegen, kann die Landesregierung eine Bewertung der Pläne von OGE vornehmen.

Klimaplan

Frage 12:

Wann, wo und in welcher Form plant die Landesregierung, die ergebnisoffene Diskussion über den Umgang mit unvermeidbaren CO₂-Emissionen zu führen?

Zu Frage 12:

Die Frage bezieht sich auf die Maßnahme 7.2 des Maßnahmenkatalogs zur Umsetzung der Energiestrategie ("Prüfung von Optionen zur Abscheidung, Transport, Nutzung und Speicherung von unvermeidbarem Kohlenstoffdioxid für die Industrie"), die in den Klimaplan des Landes Brandenburg übernommen wurde (M 2.3). Eines der Ziele ist "Den Umgang mit unvermeidbaren CO₂-Emissionen ergebnisoffen diskutieren."

Aufgrund der langen Investitions- und Innovationszyklen ist eine frühzeitige Diskussion der Thematik, zusätzlich zur weiteren Initiierung von klimafreundlichen Innovationen in den industriellen Verarbeitungsprozessen, erforderlich. Die Landesregierung strebt an, die Diskussion in diesem Themenbereich sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft und der Gesellschaft zu führen. Dies soll u.a. durch Feststellung der unvermeidbaren industriellen CO₂-Quellen und der CCS/CCU-Bedarfe, durch Gespräche mit unterschiedlichen Akteuren und durch politische Statements erfolgen. Es ist derzeit nicht geplant, eine institutionelle Diskussionsrunde/-plattform zu schaffen. Vielmehr tragen die Handlungen und Aussagen der Landesregierung dazu bei, den Diskurs über den Umgang mit unvermeidbaren CO₂-Emissionen in die breite Öffentlichkeit zu tragen.

Im "Ständigen Ausschusses Klimaschutz" der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft "Klima, Energie, Mobilität – Nachhaltigkeit", welche ein Arbeitsgremium der Umweltministerkonferenz ist, steht die Landesregierung im Übrigen im Austausch mit dem BMWK und den übrigen Ländern, u. a. zur Carbon Management Strategie (CMS) und zur "Langfriststrategie Negativemissionen zum Umgang mit unvermeidbaren Restemissionen (LNe)" des Bundes. Im Rahmen dieses Austauschs erfolgt auch eine offene Diskussion über den Umgang mit unvermeidbaren CO₂-Emissionen.

Frage 13:

Sind die Bedarfe von CCS und CCU im Land Brandenburg bereits ermittelt? Wenn nein, wann ist mit einem Ergebnis zu rechnen?

Zu Frage 13:

Die Bedarfe von CCS und CCU im Land Brandenburg sind noch nicht ermittelt. Es wird insoweit auf die Beantwortung zu den Fragen 10 und 11 verwiesen.

Die Ergebnisse der Studie werden voraussichtlich Ende November 2024 vorliegen.